

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 03. März 2016**

<p>Nr. 332</p>	<p>Stadtv. Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Der Hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) hatte im Vorfeld der Beratungen zur Aufstellung des Landeshaushaltes 2016 angekündigt, auch für den Bereich des Schulpsychologischen Dienstes Einsparungsvorschläge zu prüfen. Insgesamt war von Streichungen in Höhe von 40 Stellen bis 2017 die Rede - bezogen auf die Gesamtzahl der Stellen im Land Hessen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie sieht die aktuelle Versorgung für die Landeshauptstadt Wiesbaden aus? Wie hoch ist die Auslastung? Gibt es Wartelisten? Wie oft wurde der Dienst im vergangenen Schuljahr und in diesem Schuljahr in Anspruch genommen und von wem (Lehrer, Schüler, Eltern...)? Liegen Erkenntnisse vor, inwieweit die Landeshauptstadt Wiesbaden von den Kürzungen betroffen wäre bzw. gab es hierzu bereits konkrete Mitteilungen seitens des Kultusministeriums oder des zuständigen Staatlichen Schulamtes?</p>
<p>Nr. 333</p>	<p>Hendrik Schmehl SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Mit Beschlusses Nr. 0029 vom 20. März 2014 hat der Ausschuss für Schule und Kultur den Magistrat gebeten:</p> <p>„ die festgelegten Leistungen weiterer [...] Kooperationsvereinbarungen zur Modellregion Inklusion mit anderen hessischen Schulträgern zu evaluieren. Fallen deren Kooperationsvereinbarungen bezüglich der landesseitigen Leistungen günstiger aus, wird der Magistrat gebeten, sich analog zu § 7.3. der Inklusionsvereinbarung für die Übertragung dieser besseren Konditionen auf Wiesbaden einzusetzen.“</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wurden die Leistungsmerkmale der anderen Modellregionen Inklusion mittlerweile evaluiert? Wenn ja, wann ist mit der Vorlage der Ergebnisse im zuständigen Fachausschuss zu rechnen? Wenn nein, warum nicht?</p>

<p>Nr. 334</p>	<p>Roland Gölz CDU</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss Nr. 0203 vom 16.07.2015 beschlossen, dass die Stadtpolizei des Ordnungsamtes vom derzeitigen Standort im Europaviertel in die Mauritiusgalerie in die Innenstadt verlagert wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie ist der Sachstand dieser Verlagerung und für wann genau ist mit der Eröffnung der Innenstadtwache zu rechnen?</p>
<p>Nr. 347</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p> <p>Dez. VII</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 335</p>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 17.12.2015 beschlossen, dass alle städtischen Ämter, Gesellschaften und Betriebe darauf verpflichtet werden, keine Grundstücke für das Aufstellen von gewerblichen Altkleidercontainern zur Verfügung zu stellen und gegebenenfalls bestehende Verträge umgehend zu kündigen. Einen Tag später hat der Magistrat mitgeteilt, es werde eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, um jeden gemeldeten Container rechtlich zu bewerten und ggf. beseitigen zu lassen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wann hat die zentrale Anlaufstelle ihre Arbeit aufgenommen? 2. Wie viele gemeldete Container hat diese bisher in 2016 rechtlich bewertet? 3. Wie viele davon stellten sich als illegal aufgestellte Container heraus? Wie viele davon wurden bisher beseitigt?
<p>Nr. 336</p>	<p>Dr. Bernd Wittkowski CDU</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez. II z.w.V.</p>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Dezembersitzung den Magistrat beauftragt, mit geeigneten Trägern weitere Kapazitäten für Sprachkurse (gemäß den Regelungen des BAMF) zu schaffen und in diesem Zusammenhang u.a. ohnehin vorhandene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Für diese Maßnahmen wurden für 2016/17 jeweils 500.000 € zur Verfügung gestellt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie viele Leistungsvereinbarungen konnten bisher mit geeigneten Trägern geschlossen werden? Wie viele vorhandene Räumlichkeiten wurden seitens der Stadt für Sprachkurse zusätzlich zur Verfügung gestellt? In welchem Umfang wurden die zusätzlichen Finanzmittel abgerufen? Wie schätzt der Magistrat mittlerweile die Chance ein, die Finanzmittel für die Sprachförderung von Flüchtlingen seitens des Landes bzw. des Bundes erstattet zu bekommen?</p>

<p>Nr. 344</p>	<p>Salih Dogan CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 337</p>	<p>Das Hessische Finanzministerium hat am 18.12.2015 den Startschuss dafür gegeben, dass Kommunen bzw. Wohnbaugesellschaften Anträge auf Wohnraumförderung stellen können. Die Fördermittel des Landes zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen belaufen sich landesweit auf insgesamt 230 Millionen Euro.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Mit wie vielen Projekten hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden bzw. eine ihrer Wohnbaugesellschaften um die Fördermittel des Landes beworben? Wann sind die Bewerbungen rausgegangen? In wie vielen Fällen liegen bereits Reaktionen des Landes vor? Wie viele der eingereichten Projekte werden mit welcher Höhe gefördert? Mit welcher Förderung für Wiesbadener Projekte rechnet der Magistrat insgesamt?</p>
<p>Nr. 338</p>	<p>wurde zurückgezogen</p>	
<p>Nr. 339</p>	<p>Dr. Hans-Achim Michna CDU</p> <p>Dez. II i.V.m. Dez. III z.w.V.</p>	<p>Im November 2015 meldete die BA die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 1991. Für Wiesbaden war allerdings die Arbeitslosenquote im SGB II im Vergleich zum Vorjahrsmonat um 3,4 % gestiegen. Damit nimmt die LHW hessenweit eine Sonderrolle ein: Die Arbeitslosenquote war im Vergleich zum Vorjahrsmonat landesweit um 4 % zurückgegangen. 23 von 26 Kommunen folgten diesem Trend. Auch in den 4 anderen kreisfreien Städten in Hessen war die Arbeitslosenquote gesunken. Wiesbaden war die einzige kreisfreie Stadt mit einer gegenteiligen Entwicklung und nirgendwo sonst in Hessen fiel die Verschlechterung so gravierend aus.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Haben sich die Zahlen vom November 2015 in einer Ganzjahresbetrachtung bestätigt oder handelte es sich bei den November-Daten um einen Ausreißer-Monat für Wiesbaden? Worauf führt der Magistrat die besondere Entwicklung in Wiesbaden zurück? Was wird der Magistrat unternehmen, um die Arbeitslosigkeit in Wiesbaden zu senken?</p>
<p>Nr. 340</p>	<p>Sofia Karipidou CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Im März des Vorjahres wurde 2016 zum „Jahr der Städtepartnerschaften“ ausgerufen. Die Stadt wollte insbesondere die Koordination der Projekte übernehmen, die seitens engagierter Gruppen, Vereine sowie Institutionen erwartet wurden. In ihrer PM vom 18.3.2015 wurde auch von einer „Neugestaltung und Weiterentwicklung der Wiesbadener Städtepartnerschaften“ gesprochen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<p>Wie viele Projekte wurden durch die Stadt koordiniert und wie viele davon wurden in das Jahresprogramm aufgenommen, d.h. werden realisiert?</p> <p>Wie viele Gruppen, Vereine bzw. Institutionen beteiligen sich voraussichtlich insgesamt an allen Projekten im „Jahr der Städtepartnerschaften“?</p> <p>Wie verteilen sich die Projekte bzw. Teilnehmer auf die derzeit 13 Städtepartnerschaften Wiesbadens?</p> <p>Welche Erkenntnisse hat der Magistrat für die Neugestaltung und Weiterentwicklung der Wiesbadener Städtepartnerschaften gewonnen?</p>
Nr. 341	<p>Andrè Weck CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Der EuGH hat am 15.09.2015 in der Rechtssache C-67/14 entschieden, dass arbeitssuchende EU-Ausländer selbst dann keinen Anspruch auf Transferleistungen gemäß SGB II haben, wenn sie in Deutschland nur kurzzeitig gearbeitet haben. Die deutsche Rechtslage nach § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II wird hiermit bestätigt.</p> <p>Das Bundessozialgericht hat Anfang Dezember 2015 entschieden, dass für EU-Ausländer bei einem Aufenthalt von mehr als sechs Monaten Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt besteht, obwohl die Anspruchsteller erwerbsfähig sind. In Folge dieses Urteils erwartet der Städtetag eine erhöhte Zuwanderung aus EU-Ländern mit deutlich geringeren Sozialleistungen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Sind die Erwartungen des Städtetages mit Bezug auf Wiesbaden eingetroffen?</p>
Nr. 342	<p>Peter Reitz CDU</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Der Haushaltsplan wies für 2015 ein geplantes Defizit in Höhe von 12,9 Mio. € aus. In der Dezember-Sitzung des FiWi belief sich die Hochrechnung auf ein Defizit in Höhe von 11,5 Mio. €. Für die Haushaltsjahre 2016 bzw. 2017 wurden geplante Defizite in Höhe von 8,6 bzw. 10,3 Mio. € ausgewiesen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie lautet der aktuelle Stand für den Jahresabschluss für das Jahr 2015?</p> <p>Auf welche Summe beläuft sich die ordentliche Ergebnissrücklage, wenn man den aktuellen Jahresabschluss 2015 zugrunde legt?</p> <p>Auf welche Summen würde sich die ordentliche Ergebnissrücklage nach den Jahren 2016 bzw. 2017 belaufen, wenn das geplante Defizit einträte?</p>
Nr. 343	<p>Dr. Reinhard Völker CDU</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>In 2015 kam es in Deutschland, nachdem mehrere Kinderbetreuungseinrichtungen wegen Ausbruchs ansteckender Krankheiten geschlossen werden mussten, zu einer Diskussion über die Einführung einer Impfpflicht. Einige Städte machen einen umfassenden Impfschutz zur Voraussetzung für die Aufnahme in eine städtische Kinderbetreuungseinrichtung. Ende 2015</p>

		<p>wurde die Diskussion wieder aufgenommen und über eine Impfpflicht qua Gesetzes nachgedacht.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie hat sich die Impfquote bei den Schuleingangsuntersuchungen in Wiesbaden in den letzten Jahren entwickelt?</p> <p>Verfügt der Magistrat über die Impfquote von Kindern in städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen?</p> <p>Welche Aufgaben kämen auf die Kommunen zu, wenn eine gesetzlich vorgeschriebene Impfpflicht kommen würde und umgesetzt werden müsste?</p>
Nr. 337	<p>Ingrid Reiß CDU</p> <p>Dez. II i.V.m. Dez. IV z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 344</p>	<p>Wiesbaden hat den zweiten Platz beim „Access City Award 2016“ der Europäischen Kommission belegt. Mit diesem Preis wurden Kommunen aus ganz Europa für ihre Strategien und Aktivitäten zur Umsetzung von Barrierefreiheit bewertet und ausgezeichnet. Vor allem die baulichen Maßnahmen im Wiesbadener Stadtgebiet wurden von der Europäischen Kommission lobend erwähnt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche weiteren Maßnahmen sind in naher Zukunft geplant, um welche Stellen in Wiesbaden barrierefrei (um)zu gestalten?</p>
Nr. 345	<p>Sandra Paffe CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Mit Beschluss Nr. 0214 hat die Stadtverordnetenversammlung am 10. Mai 2007 beschlossen, bis zum Jahr 2020 den Gesamtenergieverbrauch in Wiesbaden - bezogen auf das Basisjahr 1990 - um 20 % zu senken. Überdies soll der Anteil an Erneuerbaren Energien an der verbrauchten Energie auf 20 % erhöht werden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Mit welchen Maßnahmen wurde bis heute der Gesamtenergieverbrauch um wie viel kW/h gesenkt und welchem Anteil entspricht das in Bezug auf die Zielvorgabe 20 %?</p> <p>Mit welchen Maßnahmen wurde bis heute die Energieproduktion durch Erneuerbare Energien in kW/H bzw. um welchen Anteil in Bezug auf die Zielvorgabe 20 % erhöht?</p>
Nr. 346	<p>Renate Kienast-Dittrich CDU</p> <p>Dez. IV i.V.m. Dez. III z.w.V.</p>	<p>In den letzten Jahren konnten etliche Nahversorger eröffnet werden: Rewe in der Comeniusstraße, Rewe am Platz der deutschen Einheit, Denn's Biomarkt in der Langgasse, Globus in Nordenstadt, Rewe in Nordenstadt und Penny am Bismarck-Ring. In Planung sind weitere Nahversorger in Erbenheim Süd, auf dem Dywidag-Gelände, in der Bierstädter Straße hinter der Aral-Tankstelle, in der Aarstraße, in Klarental, im Einkaufszentrum Süd, in der Hans-Böckler-Straße, im</p>

		<p>Schelmengraben, in der Berliner Straße, auf dem Karlsbader Platz, im Liliencarré Rewe Center sowie im Coulinparkhaus.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Welche der sich in Planung befindlichen Nahversorger werden voraussichtlich in den nächsten beiden Jahren eröffnet werden können? Sind alle in der Vorbemerkung aufgeführten Nahversorger nach wie vor aktuell? Hat der Magistrat Kenntnis von weiteren Planungen zwecks Sicherstellung der Nahversorgung?</p>
Nr. 335	<p>Rainer Pfeifer CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 347</p>	<p>Nachdem die Betriebsgenehmigung für die Henckell-Kunsteisbahn Ende März 2015 nach vier Jahrzehnten endgültig ausgelaufen war, wurde für die Wintersaison 2015 / 2016 ein Provisorium am alten Standort errichtet.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie viele Besucher gab es bisher auf der provisorischen Eisbahn? Wie gut wurde das Provisorium im Verhältnis zu Besucherzahlen in den Vorjahren angenommen?</p>
Nr. 348	<p>Hans-Georg Schäfer fraktionslos</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Der Wahlausschuss hat eine Gruppierung zugelassen, die mit Namen und Abkürzung identisch ist mit einer Wählergruppe in der StVV. Das Kommunale Wahlgesetz fordert jedoch eine deutliche Unterscheidung im Namen und der Abkürzung, zu existierenden Wahlgruppen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hat Herr Dr. Franz im Wahlausschuss am 8.1.16 von einer wortwörtlich "neuen Bürgerliste Wiesbaden" gesprochen? 2. Ist die Zulassung einer "neuen Bürgerliste Wiesbaden" am 8.1.16 aufgrund von Unterstützerunterschriften erfolgt? 3. Hat das Wahlamt der LH Wiesbaden im Dezember 2015, Mitgliedern der seit 2005 existierenden BLW, zwecks Zulassung zur Kommunalwahl, dringend empfohlen Unterstützerunterschriften zu sammeln? 4. Warum hat das Wahlamt der Landeshauptstadt Wiesbaden für eine existierende und zugelassene Wählergruppe dringend neue Unterstützerunterschriften gefordert? 5. Teilt der Magistrat die Meinung, dass das Kommunalwahlgesetz, die o.g. Punkte verbietet?
Nr. 349	<p>Manuela Schon Linke&Piraten</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Wie Europol berichtet sind rund 10.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche verschwunden. Man geht davon aus, dass große Teile in die Hände von Menschenhändlern gelangt sind und durch Betteln, Prostitution oder Organ-Entnahme ausgebeutet werden.</p>

		<p>In der Welt heißt es: "Allein in Regensburg und Umgebung werden 135 Kinder und Jugendliche vermisst. Die Polizei ist ratlos: «In den überwiegenden Fällen blieb der Aufenthaltsort der vermissten Minderjährigen unbekannt - bis zum heutigen Tage» [...] Ein Sprecher des bayrischen Landkreises Passau gab zu, dass das Verschwinden minderjähriger Flüchtlinge schon gar nicht mehr gemeldet würde - «da die Polizei gar keine Kapazitäten hat, diese Jugendlichen alle zu suchen»."</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>1) Ist dieses Problem dem Magistrat bekannt? 2) Gibt es Erkenntnisse zu vermissten Kindern und Jugendlichen für die Landeshauptstadt Wiesbaden? 3) Gibt es besondere Maßnahmen, die ergriffen werden um Kinder und Jugendliche besonders zu schützen. Wenn ja, welche?</p>
Nr. 350	wurde zurückgezogen	
Nr. 351	Hartmut Bohrer Linke&Piraten Dez. VII z.w.V.	<p>Welche Kosten zur Erarbeitung der neuen Straßenreinigungssystematik - insbesondere für die Beauftragung des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH (INFA) durch die ELW - sind bislang entstanden?</p> <p>Was war und ist im Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden bzw. im Wirtschaftsplan der ELW dafür vorgesehen?</p>
Nr. 352	Kristof Zerbe Linke&Piraten Dez. VI z.w.V.	<p>Aufgrund der umfangreichen Berichterstattung über die Missstände in den ehemals städtischen Kliniken und den Folgen für die Beschäftigten und die PatientInnen frage ich den Magistrat:</p> <p>Wie verhält sich die Personalausstattung auf der Neugeborenenstation der HSK zu den Anforderungen der Krankenkassen für solche Spezialstationen? Was gedenkt die Geschäftsleitung der HSK zu tun, um das ausgelagerte Reinigungspersonal, demgegenüber das Klinikpersonal ja keine Weisungsbefugnis hat, so zu qualifizieren, dass es Hygienestandards versteht und einhalten kann (beispielsweise durch Erwerb von ausreichenden Deutschkenntnissen)?</p> <p>Wie ist die aktuelle Ausstattung der Intensivstation (Personal, Bettenzahl)? Was ist geplant an Veränderungen?</p>
Nr. 353	Christiane Hinninger Bündnis 90/Die Grünen Dez. VI z.w.V.	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Überstunden wurden in den HSK zum Stand Februar 2016 gemeldet? 2. Wie viele Überlastungsanzeigen wurden in 2015 und in 2016 gestellt? 3. Wie viele Pflegekräfte haben die HSK 2015 und in 2016 verlassen? Wie viele Eigenkündigungen werden bis zum 30.6.2016 wirksam?

		<p>4. Wie viele Neueinstellungen in 2015 und 2016 stehen dem gegenüber?</p> <p>5. Wie viele Leiharbeitsverhältnisse bestanden in 2015 und bestehen 2016 in den HSK im Pflegebereich und wieviele im Servicebereich?</p> <p>6. Wie ist das Verhältnis Pflegekraft zu Patienten im Durchschnitt in den HSK im Früh-, Spät- und Nachtdienst?</p>
Nr. 354	<p>Sabine Dumont du Voitel FDP</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Am 23. Oktober 2015 wurde der neugestaltete Hofgartenplatz in Sonnenberg mit seinem Hochwasserschutz feierlich eingeweiht. Beides, Verschönerung des Platzes und Hochwasserschutz, entsprechen einem langjährigen Wunsch des Ortsbeirats und der Bevölkerung. Aus diesem Grund ist die Freude groß, dass Sonnenberg nun über eine attraktive Ortsmitte verfügt. In diese Freude mischen sich aber vermehrt Fragen aus der Mitte der Bevölkerung, warum dieser öffentliche Platz, der z.B. auch von den Kunden der anliegenden Geschäfte als Parkplatz intensiv genutzt wird, gänzlich unbeleuchtet ist. Eine Treppenanlage zu einem offenen Gewässer hin ist zwar optisch attraktiv, birgt aber bei Dunkelheit auch Gefahren. Zudem herrscht bei den Nutzern, vor allem aber bei Nutzerinnen, ein starkes Unsicherheitsgefühl.</p> <p>Ich frage deshalb den Magistrat:</p> <p>Wann und wie gedenkt der Magistrat, seiner Verkehrssicherungspflicht mit einer ausreichenden Beleuchtung zu entsprechen?</p>